

AK Postwachstum (Hg.)

Wachstum – Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise

Campus Verlag Frankfurt am Main 2016

316 Seiten, 29,95 Euro

ISBN 978-3-593-50625-4

ISBN 978-3-593-43471-1 (E-Book)

Der Arbeitskreis Postwachstum entstand aus einer Diskussionsgruppe im Zusammenhang des Forschungskollegs Postwachstumsgesellschaften in Jena und besteht aus Thomas Barth, Ulf Bohmann, Stefanie Graefe, Stephan Lorenz, Jörg Oberthür, Tilman Reitz, Stefan Schmalz und Peter Schulz. Alle acht haben Beiträge im Sammelband, dazu kommen Matthias Schmelzer als Fellow des Forschungskollegs, Silke van Dyk als Professorin an der Jenaer Universität und Barbara Muraca, die dort bis vor einiger Zeit ebenfalls tätig war. Es bleiben somit fünf Beiträge, die außerhalb des direkten Umfelds des Arbeitskreises entstanden sind.

Zu fünf Themenbereichen enthält der Band jeweils zwei oder drei Texte, die die anstehenden Fragen aus verschiedenen Blickwinkeln, meist kontrovers, bearbeiten. In seiner Einleitung beschreibt der Arbeitskreis die Fragestellungen

1. „Inwiefern (ist) die Dynamik destruktiven Wirtschaftswachstums mit unablässig wachsendem Ressourcenverbrauch genuin kapitalistisch bedingt oder (muss sie) als Folge allgemeiner industriegesellschaftlicher Weichenstellungen verstanden werden“?
 2. Ist „ein allgemeiner Stagnationstrend erkennbar oder sogar unvermeidlich“? Das fragt sich verstärkt angesichts der Tatsache, dass die gesamte Weltwirtschaft „nach 1989 unverkennbar kapitalistisch geworden“ ist.
 3. „Welche prinzipiellen Optionen“ stehen für ein „geplantes, vernünftiges Postwachstum bzw. ein ‚Degrowth by Design‘“ zur Verfügung, um damit eine Alternative zum durch „die ökonomische und ökologische Krise“ gegebenen „Degrowth by Disaster“ zu eröffnen?
 4. „Wie (kann) eine Transformation von der Wachstumsgesellschaft zur Postwachstumsgesellschaft ermöglicht und begonnen werden“, obwohl sie „derzeit nur bei wenigen politischen Kräften auf dem Programm“ steht?
 5. Und „wenn die Postwachstumsgesellschaft...weder von den führenden Parteien gewollt noch von großen gesellschaftlichen Gruppen gewünscht wird, stellt sich schließlich ...die Demokratiefrage“.
- (S. 11ff)

Die fünf Kapitel greifen Kontroversen auf, die in der wachstumskritischen Debatte durchaus existieren. Dennoch überzeugt mich die Darstellung im Buch nicht. Wenn im ersten Kapitel argumentiert wird, dass die Wachstumsdynamik aus ökologischer Sicht allgemein ein Kennzeichen von Industriegesellschaften sei und nicht spezifisch kapitalistisch, dann frage ich mich, ob man den untergegangenen real existierenden Sozialismus tatsächlich als nichtkapitalistische Gesellschaft verstehen kann oder ob seine naturzerstörende Dynamik nicht genau daraus resultierte, dass er die kapitalistischen Ökonomien überholen wollte, ohne sie einzuholen, wie es ein Bonmot damals ausdrückte. Wo dieselbe Zielsetzung existiert, darf man durchaus auch strukturelle Ähnlichkeiten vermuten.

Die Diskussion um diese Frage ruft immerhin unterschiedliche Verständnisse innerhalb des Arbeitskreises auf, sie dient also der Bestimmung und Schärfung der eigenen Position. Die im zweiten und dritten Kapitel diskutierten Widersprüche dagegen sind welche mit Autoren von außerhalb des Herausgeberkreises. Karl-Georg Zinn argumentiert, dass aus keynesianischer Sicht der Kapitalismus irgendwann ohne Wachstum auskommen muss, ohne dass einleuchtend wird, wie dabei das Mantra kapitalistischer Ökonomie, die Akkumulation des Kapitals, möglich sein soll. Norbert Reuter versucht ebenso wenig überzeugend darzulegen, dass die zunehmende Bedeutung

der Dienstleistungen die Ökonomie ökologisch entlasten werde. Und Nico Paech legt dar, dass „lokale Subsistenzproduktion, Reparaturarbeit und gegenseitige Hilfeleistungen“ (S. 12) die Basis zukünftigen Wirtschaftens ausmachen sollen, ohne dass erklärt würde, wer sich solchen Verzicht auf Annehmlichkeiten außerhalb des Professorenstandes leisten könnte. Die Auseinandersetzung mit diesen Positionen ist sicherlich nötig, warum sie im Original in den Band aufgenommen wurden, ist nur bedingt nachvollziehbar, handelt es sich doch um bekannte und gängige Argumentationen.

Wirklich spannend und inhaltlich herausfordernd werden die Texte dann, wenn AutorInnen aus dem Zusammenhang der HerausgeberInnen selbst tief in die ungeklärten Fragen der Postwachstumsdebatte einsteigen. Ich will zum neugierig Machen auf zwei Beiträge eingehen.

Stefanie Graefe diskutiert „Degrowth und die Frage des Subjekts“. Dabei geht sie von der oft vertretenen These aus, dass „die Überwindung des kapitalistischen Wachstumsregimes nicht nur in ökologischer Hinsicht sinnvoll oder sogar unvermeidlich ist, sondern den Bürger*innen der früh industrialisierten Gesellschaften des globalen Nordens darüber hinaus fraglos ein subjektives Surplus verspricht – an Lebensqualität, Freiheit von Konsum- und Leistungszwängen, Konzentration aufs Wesentliche oder kurz: an Glück“ (S.201). Völlig zu Recht argumentiert sie, dass sich aus den kapitalistischen Konkurrenzdynamiken selbst „bei noch so kritischer individueller ‚Einstellung‘ nicht einfach aussteigen lässt“ (S. 210). Die Subjekte können zwar eine andere Form der Befriedigung ihrer Bedürfnisse denken, als sie die Konkurrenzgesellschaft anbietet, sie sind aber nur bedingt frei, diese in der Realität auch als befriedigend zu empfinden. Graefes Kritik an Degrowththeoretikern wie Serge Latouche ist insofern pointiert und genau.

Sylke van Dyk greift eine andere in der Postwachstumsszene breit verankerte scheinbare Gewissheit kritisch auf, nämlich die, dass Commons fraglos Schritte zu einer wünschenswerten Postwachstumsgesellschaft seien. Commons beziehen sich notwendig auf Gemeinschaften, die das Commoning, die Herstellung solcher Allgemeingüter, bewerkstelligen müssen. Und da „(bestehen) konzeptionelle Unterschiede vor allem dahingehend, wie ‚Gemeinschaft‘ als zentrale Bezugskategorie bestimmt wird, ob Commoning systemkritisch gewendet wird und welche Rolle dem Staat in diesem Setting zukommt...Die sozial-ökologische Transformation hin zur Postwachstumsökonomie erscheint nicht selten als nostalgische Rückkehr zu den feudalen Wurzeln vorkapitalistischer Gesellschaften.“ (S. 249) Sie weist auf die „ebenfalls romantisierende Umdeutung von gegenwärtigen Überlebensökonomien und -strategien in Emanzipationsprojekte“ (S.250) hin und fordert „eine kritische Auseinandersetzung mit dem Dualismus von Gemeinschaft und Gesellschaft“ (S.251). Kritisch wendet sie sich gegen einen oft in der Bewegung erkennbaren „pauschalen Anti-Etatismus“ und verteidigt allgemeine sozialstaatliche Regulierungen wie die Sozialversicherungen als Prinzip (S.255ff). Ohne es ausdrücklich zu erwähnen schließt sie damit an das Konzept Globaler Sozialer Rechte an und öffnet das Feld für Debatten wie die um das bedingungslose Grundeinkommen.

Van Dyk thematisiert auch die Notwendigkeit der politischen Auseinandersetzung und des gesellschaftlichen Streits. Sie kritisiert als „demokratiepolitisch fragwürdig...“, dass das, was normativ gewünscht ist, als ‚organisch‘, ‚natürlich‘ oder auch ‚notwendig‘ ausgegeben wird“ (S. 262), und stellt fest, „dass nicht Konflikt, Dissens und politischer Streit, sondern dass Konsens und Gemeinwohlbehauptungen – und beides ist in der Postwachstumsdebatte ebenso wie im Konvivialistischen Manifest sehr beliebt – die Demokratie gefährden, indem sie die Kraft des Politischen ausschalten“ (S. 263).

Gäbe es mehr solcher zugespitzter Auseinandersetzungen, wäre das Buch in allen Teilen lesenswert, was jetzt für einige überflüssige Beiträge nur bedingt gesagt werden kann.